



Tagung zum Welternährungstag.ch 2018 Schweiz – Mercosur: wie gestalten wir gerechten Handel?

Podiumsdiskussion „Wie gestalten wir gerechten Handel?“

Ausgangslage

Die Industrie will Marktzugang in den Mercosur-Ländern und im Gegenzug verlangen die Mercosur-Staaten Zugang zu unserem Markt für ihre Agrarindustrieprodukte.

Der eine wird Ingenieur, eine andere wird Landwirtin, ein dritter vielleicht Naturwissenschaftler. Zur Wohlfahrt trägt bei, wenn man sich auf das konzentriert, was man gut machen kann. Arbeitsteilung führt zu Handel. Allerdings braucht Handel Regeln, sonst kann er grossen Schaden anrichten - ebenso wie die totale Abwesenheit von Handel desaströs sein kann (Bsp. Nordkorea).

Die Aufgabe lautet also:

Wie wird der Handel (Binnen- und Aussenhandel) so gestaltet, dass er maximal zur beidseitigen positiven Entwicklung beiträgt und die negativen Nebenwirkungen minimiert werden?

Die Diskussion hat begonnen,

aber sie ist enorm komplex, sagt Herr Jürg Niklaus, Geschäftsführer der IGAS¹. Viele der an der Tagung eingebrachten Punkte sind auf der Prioritätenliste der Interessensgemeinschaft für den Agrarstandort Schweiz:

- Verhandlungen müssen transparent sein und die Besonderheiten des Landes berücksichtigen.
- Parlamente und Öffentlichkeit müssen von Anfang an über die Vertragsinhalte informiert werden.
- Allerdings: Auch Herr Niklaus ist froh, die Handelsstrategie dem Bund überlassen zu können.

Es geht nicht nur um die Verschiebung von Waren und Wertschöpfung. Wir stehen vor Herausforderungen, die nicht mehr national gelöst werden können und wir müssen effizientere Systeme finden als Zölle. Dazu braucht es ein **Gleichgewicht zwischen Staat und dem privaten Sektor**. Das muss auch das Ziel von Handelsverträgen sein.

¹ Interessensgemeinschaft Agrarstandort Schweiz (<http://www.igas-cisa.ch/>)

GastgeberInnen:



TrägerInnen:

Bio Aargau, Bio Suisse, Biofarm, Europäisches BürgerInnen Forum, Fair Fish, FIBL, gebana, Helvetas, KAG-Freiland, Kleinbauern-Vereinigung, Longo Maï, Mission 21, Mutterkuh Schweiz, Oekonomische Gemeinnützige Gesellschaft OGG, Schweizerischer Bäuerinnen und Landfrauenverband, Schweizerischer Bauernverband, Schweizer Bergheimat, Schweizer Tierschutz, Sentience Politics, Stiftung für das Tier im Recht



Tagung zum Welternaehrungstag.ch 2018 Schweiz – Mercosur: wie gestalten wir gerechten Handel? Zusammenfassung der Podiumsdiskussion

Balance zwischen Staat und Privatwirtschaft

Freihandelsverträge scheinen eine maximale Liberalisierung anzustreben, statt eines optimalen Gleichgewichts zwischen Staat und Privatwirtschaft.

Die Staaten müssen jederzeit die Möglichkeit haben, eigene lokale Strukturen zu kontrollieren, aufzubauen und zu stärken. Die implizierte Paralleljustiz der Freihandelsverträge macht es für Staaten äusserst schwierig, neue Regulierungen auf Gesetzesebene (z.B. soziale, arbeitsrechtliche oder ökologische) einzuführen², denn sie müssen nachweisen, dass eine geplante Regulierung den Firmen weniger schadet als sie dem Staat resp. der Bevölkerung nützt. Ein ausserstaatlichen Schiedsgericht, auch Paralleljustiz genannt, kann aber auch mit einem derartigen Nachweis angerufen werden. Damit wird die Balance erheblich gestört.

Die Doharunde der WTO war als sogenannte Entwicklungsrunde angetreten, nach den Grundsätzen der Gegenseitigkeit und nicht der Diskriminierung. Das Prinzip der Nicht-Gegenseitigkeit wurde dabei ausgeblendet, die Runde war zum Scheitern verurteilt. Als Resultat haben wir „eine Spaghettischüssel, über den ganzen Globus hinweg werden bilaterale und multinationale Freihandelsabkommen abgeschlossen“.

Öffentliches Beschaffungswesen auf den offenen Märkten

Zu den Punkten, die unter das Prinzip der Nicht-Gegenseitigkeit fallen, sind regulierende Zollmassnahmen, aber auch der Zugang zu **öffentlichen Ausschreibungen**.

Einerseits: In Verträgen müssen kleine und mittlere Betriebe, speziell in Schwellenländern und Ländern des Südens, Zugang zu öffentlichen Aufträgen haben, damit nicht die internationale Konkurrenz alle Aufträge an sich reisst und das regionale Gewerbe zerstört.

Andererseits: In Verhandlungen mit nördlichen Ländern kann es eine gute Sache sein, den Bereich des Beschaffungswesens im Vertrag einzubauen, da dies zur Entlastung der Staatskasse beitragen könnte. Der Staat kann sich so auf dem Markt bedienen und muss nicht zwingend im (häufig monopolistischen) heimischen Markt überteuert einkaufen.

Allerdings geht es auch hier **um eine Optimierung und nicht Maximierung**: Liberalisierung ist dynamisch und die Konsequenzen sind viel weitreichender als ein optimierter Budgetposten einer Staatskasse.

Menschenrechte sind Grundrechte

Eine wichtige Komponente, die bei den aktuellen Verträgen fehlt, sind die **Menschenrechte**. Herr Jean Feyder³ fragt deshalb in die Runde, warum man in Freihandelsverträgen nicht festschreiben könne, dass die Konzerne die Menschenrechte respektieren müssen? Auch die Verträge der Internationalen

² z.B. die Verschärfung der uruguayischen Tabakgesetze: https://de.wikipedia.org/wiki/Philip_Morris_gegen_Uruguay

³ Jean Feyder ist ehemaliger Botschafter Luxemburgs bei der UNO und WTO:
<https://welternaehrungstag.ch/referenten/jean-feyder/>



Tagung zum Welternährungstag.ch 2018

Schweiz – Mercosur: wie gestalten wir gerechten Handel?

Zusammenfassung der Podiumsdiskussion

Arbeitsorganisation verdienen ihren Platz in den Abkommen, damit die Partner verpflichtet werden können, diese Rechte zu respektieren. Brasilien zum Beispiel hat bis heute die ILO-Konvention 87 zur Vereinigungsfreiheit (in Kraft seit 1950) nicht ratifiziert.

Handel schafft Arbeitsplätze. Aber sie können nur nachhaltig sein, wenn die politische und wirtschaftliche Umgebung stabil ist und die Arbeitsrechte respektiert werden.

Wie können wir mitgestalten? Welche Leitplanken können wir setzen?

Steuern wir auf eine Polarisierung zwischen politischen Grossmächten oder zwischen Konzernen und KonsumentInnen zu? Wie läuft die Globalisierung weiter? Bringen Freihandelsabkommen den gewünschten positiven Effekt bei allen beteiligten Vertragspartnern?

Wir alle wissen nicht, wie die Verhandlungen schlussendlich abgeschlossen werden, aber wir wollen Leitplanken setzen und wir wollen uns Gehör verschaffen. Folgende Voten kamen in der Podiumsrunde abschliessend aufs Tapet:

1. **Wir brauchen Transparenz, keine doppelten Standards.** In den aktuellen Handelsabkommen erhalten Konzerne mehr Macht als die Staaten und deren Bevölkerungen.
2. **Wir wollen als Bevölkerung mitentscheiden:**
 - a. Wir wollen aus der Atomenergie aussteigen, es kann nicht sein, dass uns **Grosskonzerne** da reinreden.
 - b. Wie erkennt die **Konsumentin**, an einem Produkt, wie und unter welchen Bedingungen dieses produziert wurde (z.B. verlässliche Labels, ...)?
3. **Der Kampf gegen den Klimawandel** kennt keine politischen Grenzen. Massnahmen sollten in künftige Verträgen einfließen (z.B. gemeinsame Umweltstandards, kurze Transportwege, Abholzung der Wälder stoppen)
4. **Wir wollen Gerichte, die transparent und berechenbar sind.** Jede wirtschaftliche Tätigkeit braucht einen gewissen Investitionsschutz, aber dieser darf ein Land nicht in seinem politischen Spielraum einschränken.
5. **Das Gleichgewicht zwischen Zivilgesellschaften und Konzernen muss hergestellt werden.**
6. **Menschenrechte müssen in die Freihandelsverträge** eingebaut werden.
7. Die verschiedenen Interessensgruppen müssen **den Dialog gemeinsam führen.**

„Mit den Mercosurstaaten kommt eine sehr wettbewerbsfähige Landwirtschaft auf uns zu. Deshalb **setzen wir uns für ein Abkommen ein, das uns ein Überleben erlaubt**“, fasste Herr Jürg Niklaus die Situation zusammen.

Botschafter Jean Feyder appelliert eindringlich an jedeN, in organisierten Zivilgesellschaften Verantwortung zu übernehmen.